



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Anzeigergebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 328. **Mittag-Ausgabe.**

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

**Donnerstag, den 16. Juli 1868.**

## Deutschland.

**Berlin, 15. Juli.** [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Justiz-Rath und Stadt-Syndikus Le Brun zu Berlin, dem Kreisgerichts-Rath Weller zu Borken und dem Regierungs-Secretär, Revisions-Rath Wedert zu Wiesbaden den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem kaiserlich russischen Stabs-Capitän Constantin v. Doppelmaier, à la suite der reisenden Garde-Artillerie, den königl. Kronen-Orden dritter Klasse, dem Bürgermeister A. D. Nulmann zu Giebich im Rheinprovinz, dem Polizei-Verwalter Langner zu Schloß Ober-Glogau, im Kreise Neustadt O. Schl., und dem Stadt-Secretär Mierswa zu Neustadt O. Schl. das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Arbeiter August Gränke zu Hausberg im Kreise Hirschberg, die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Fortmeister Janisch zu Kassel den Charakter als Oberfortmeister verliehen, die dem vormalig kaiserlich preussischen Fortmeister Freiherrn v. Wuttler und v. Schmerfeld zu Kassel, sowie dem vormalig kaiserlich preussischen Fort-Inspector Brandt zu Kassel zu Fortmeistern mit dem Range der Regierungs-Rathe ernannt, und dem vormalig kaiserlich preussischen Fortmeister v. Münchhausen zu Hanau, sowie dem vormalig kaiserlich preussischen Fort-Inspector Kleynenbender zu Minden, Dehnert zu Warburg, Wigand zu Franenberg, Staubeisand zu Jiegenbain, Christ zu Friedewald, Dittmar zu Alendorf, Müller zu Steinau, Cornelius zu Bischhausen, Israel zu Bracht, Weber zu Hersfeld, Gunkel zu Fulda, dem Fort-Inspector Donner zu Kassel, dem vormalig kaiserlich preussischen Fort-Rath Grebe zu Kassel und dem vormalig kaiserlich preussischen Fort-Inspector Somburg zu Kassel den Charakter als Fortmeister verliehen; die Intendantur-Rathe v. Goldenberg, Müller und Mand vom 3. Armee-Corps und v. Schwelber vom Garde-Corps zu Geheimen Kriegs-Rathen und Rathen 3. Klasse im Kriegs-Ministerium, und den Professor Dr. Wilhelm Diltbey zu Basel zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Kiel ernannt; desgleichen dem Gerichts-Assessor Lehner hier selbst den Charakter als Staatsanwalt verliehen.

Der praktische Arzt Dr. Robert Alexander Kummel zu Wladiau ist zum Kreis-Physikus des Kreises Berent ernannt worden.

**Berlin, 15. Juli.** [Die Lage in Ostpreußen.] Ein Bericht der „Proc.-Corr.“ aus Gumbinnen enthält über die dortigen Verhältnisse und Aussichten Folgendes:

Die Witterung ist seit 8 Wochen dem Wachsthum der Feldfrüchte nicht günstig gewesen. Nur an wenigen Tagen hat es strichweise und spärlich geregnet, so daß die Feuchtigkeit schon seit April d. J. namentlich in dem schwereren Boden die Adertrume nicht durchdrungen hat. Die anhaltende Dürre und oft glühende Hitze hat vielfach ein Abwelken der Saaten und eine spärliche Fruchtbildung zur Folge gehabt, so daß die Ernteausbeute nur als sehr mittelmäßig bezeichnet werden können. — Die Heu- und Klee-Ernte dagegen hat überall einen günstigen Verlauf gehabt und einen höchst zufriedenstellenden Ertrag geliefert, obwohl die Nachmah bei der anbauenden Trockenheit ein weniger gutes Resultat verpricht. — Der Stand der Kartoffel-Felder ist ein erfreuliches, die Pflanzen haben eine gesunde, frische Farbe, und hat sich die in Massen von auswärtig eingeführte Ausfaat als dem hiesigen Boden sehr zuzugun bewährt. Die überaus kleine Zahl der mit einheimischer Ausfaat bestellten Flächen ist in der Entwicklung zurückgeblieben.

Die Zahl der bei öffentlichen Arbeitsstellen beschäftigten Personen ist geringer geworden, da die Landwirtschaft bedeutende Kräfte in Anspruch nimmt. Obwohl die Lohnsätze gegen die Vorjahre nicht unerheblich gesunken sind, so fällt es dem Arbeiter bei der Kostspieligkeit der täglichen Lebensbedürfnisse doch schwer, für die Familie das Nöthige zu erübrigen, so daß die Orts- und Kreis-Armenlasten noch immer eine ungewöhnliche Höhe behalten. — Die Thätigkeit der Privatwohlthätigkeits-Vereine ist im Wesentlichen abgeschlossen, die Spinnereien und Suppen-Anstalten haben aufgehört.

Der Typhus tritt nur noch vereinzelt auf und hat seinen epidemischen Charakter gänzlich verloren. In den einzelnen, zur Kenntniß der Behörden gebrachten Fällen hat die Krankheit einen leichten Verlauf gehabt.

Die allgemeine Lage berechtigt, ungeachtet der nur sehr mittelmäßigen Ernteausbeuten, zu der Hoffnung, daß die Bedrücknisse des vorigen Jahres für die ärmeren Klassen der Bevölkerung in dem bevorstehenden Winter in gleicher Größe und Ausdehnung sich nicht wiederholen werden.

[Berliner Kammergericht] kam heute bei Gelegenheit einer Appellation in einem Preßproceß eine nicht unwichtige Principienfrage zur Entscheidung. Es handelte sich um einen Preßproceß gegen den Dr. phil. Max Hirsch und den Redacteur der „Volkzeitung“, Steinich. Der Angeklagte Hirsch ist bekanntlich der Verfasser einer Reihe von Briefen, welche die „Volkzeitung“ über den Nothstand in Ostpreußen veröffentlichte. Die Nummer 28 der „Volkzeitung“ vom 2. Februar d. J. enthielt den Schlußbrief, der gewissermaßen das Resultat zog und in welchem nach der erhobenen Anklage die Regierung und deren Organe der Pflichtverletzung beschuldigt werden. Die Anklage war aus § 101 des Strafgesetzbuchs erhoben und der erste Richter hatte am 15. Mai den Angeklagten Hirsch zu einer Geldbuße von 30, den Redacteur Steinich aus § 37 des Preßgesetzes zu einer Geldbuße von 15 Thln. verurtheilt. Gegen dieses Erkenntniß hatten beide Angeklagte unter dem 4. Juni die Appellation eingereicht. In der heutigen Verhandlung vor dem Kammergerichte beantragte der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft, diese Appellation als veripatet zurückzuweisen. Er stützte diesen Antrag darauf, daß die Angeklagten im Audienztermin erster Instanz erschienen und ihnen somit das Erkenntniß publicirt worden sei, so daß also die Frist zur Appellation mit dem 25. Mai abgelaufen sei. Der Umstand, daß den Angeklagten, wie aus dem Protokoll erster Instanz hervorgehe, eine Ausfertigung des Erkenntnisses zugegangen, ändere an der Sache nichts, da das Protokoll keinen Vermerk darüber enthalte, daß die Angeklagten bei Publication des Erkenntnisses nicht anwesend gewesen seien. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kewal, behauptete, daß die Angeklagten bei Veröffentlichung des Urtheils erster Instanz den Gerichtssaal verlassen hätten, und daß somit die Publication in ihrer Abwesenheit erfolgt sei. Für diese Behauptung spreche übrigens der Umstand, daß den Angeklagten eine Ausfertigung des Erkenntnisses zugegangen sei, denn es sei nicht Unus der Gerichte, den Angeklagten, denen das Erkenntniß mündlich publicirt worden, ein solches ohne ihren Antrag auch schriftlich zuzusenden. Die Angeklagten hätten somit vom Tage der Inquisition dieses Erkenntnisses ab die zehntägige Appellationsfrist vollständig innegehalten und müsse die Appellation deshalb als rechtzeitig angebracht anerkannt und zugelassen werden. Der Gerichtshof verhielt über diese Frage und beschloß, den Thatbestand der Behauptung der Angeklagten dadurch festzustellen, daß von dem Gerichte erster Instanz eine Erklärung darüber eingefordert werden soll, ob die Angeklagten bei der Publication des Erkenntnisses zugegen gewesen seien oder nicht.

[Douceurgelder.] Durch königliche Ordre ist nunmehr das Kriegsministerium zur Auszahlung der Douceurgelder für eroberte Geschütze, Fahnen u. s. w. aus dem Feldzuge von 1866 ermächtigt worden. Die Gesamtsumme der bewilligten Beträge stellt sich auf 8920 Ducaten. Hieran participirt das Gardecorps mit dem höchsten Betrage von 2700 Ducaten, für eroberte 43 Geschütze und 3 Fahnen. Auf das 7. Armee-Corps kommen dagegen nur 60 Ducaten, für eine erbeutete Fahne im Gefecht bei Rissingen, als einzige Trophäe aus dem Mainfeldzuge.

**Danzig, 14. Juli.** [Marine.] Das für den Stationsdienst im Mittelmeer bestimmte Dampfschiffboot erster Klasse „Delphin“ wurde gestern in Dienst gestellt und war dazu die 62 Mann starke Besatzung aus Kiel per Eisenbahn eingetroffen.

**Emß, 13. Juli.** [Der König] traf hier gestern um 11 1/2 Uhr Vormittags ein. Als der Zug in Sicht kam, wurden zu seiner Begrüßung Böllerschüsse abgebrannt, welche an den Bergen und Felswänden in tausendfachen Echo's widerhallten. Auf dem Bahnhof hatten sich die Gurgäste von Distinction, der Bürgermeister, die Geistlichkeit und sonstige Personen eingefunden, welche ein Recht oder die Pflicht haben, dem Könige bei solchen Gelegenheiten ihre Huldigungen darzubringen. Als er den Salonwagen verlassen hatte, nahm er die begrüßenden Anreden entgegen und unterhielt sich längere Zeit mit den

Anwesenden, auch viel mit den Damen, unter ihnen mit der Fürstin Radziwill, welche zur Cur hier weilte. Darauf bestieg er seinen Wagen und begab sich in das Curhaus, wo er auch in diesem Jahre Wohnung genommen hat. Sein unmittelbares Gefolge, zu welchem auch der Ober-Hofmarschall Graf Verponcher, der Leibarzt v. Lauer, der Geheimen Hofrath Borch, die Flügel-Adjutanten Graf Lehndorf und von Hymmen u. gebören, hat ebenfalls dort Wohnung erhalten. Der Vertreter des auswärtigen Ministeriums, Geh. Cabinetsrath Abeken, der Vorsteher des Civil-Cabinet, Geh. Legationsrath v. Wähler, und der Vorsteher des Militär-Cabinet, General v. Treseckow, haben in der Nähe Wohnungen bezogen. — Gestern Nachmittag begab sich der König auf die Promenade, wo er vielfach Personen anredete und sich längere Zeit mit ihnen unterhielt. Er war in Civilkleidung und machte durch seine Rüstigkeit beim Gehen, durch seine freie grade Haltung, so wie durch die Freundlichkeit, die aus seinen Zügen strahlte, einen sehr guten Eindruck. Am Abend war Emß feenhaft schön erleuchtet. Der König nahm zu Fuß die Illumination in Augenschein. — Heute Früh vor 7 Uhr trat der König aus dem Curhause, begleitet von seinem Adjutanten, beide in Civilkleidung, und begab sich nach der Quelle des Kränchenbrunnens, wo er sich durch das Gedränge der dort Wasserholenden Gurgäste Bahn brach, um sein Glas in Empfang zu nehmen. Obgleich der König hier der Erholung leben soll, so hat er doch den Staatsgeschäften nicht ganz entsagt. Er nahm heute die Vorträge des Herrn v. Wähler entgegen und empfing den General von der Goltz, welcher heute nach Berlin abgeht und von seinem Bruder, dem preussischen Botschafter am französischen Hofe, kommt. — Diesen Abend wird zu Ehren des hohen Gastes ein prächtiges Feuerwerk abgebrannt. Auch sollen die Bergspitzen durch große Feuer erleuchtet werden. (Elberf. Ztg.)

**Magdeburg, 14. Juli.** [Schulz-Banzleben.] Die „Magd. Zeitung“ schreibt: Wie unlängst anderen, z. B. dem Stadtrichter Hiersemenzel zu Berlin, so ist durch den Justizminister Leonhard auch dem aus der Nationalversammlung vom Jahre 1848 her bekannten Rechtsanwalts Schulz zu Banzleben endlich eine lange gehegter Wunsch erfüllt worden. Seit Jahren hat derselbe sich um eine Veretzung hierher bemüht, aber auch zur Zeit der sogenannten neuen Aera bei eröffneten Stellen dies nicht erreichen können. Bei den jetzt hier eingetretenen Vacanzen ist endlich seine Veretzung hierher erfolgt, welche wir auch als ein erfreuliches Zeichen der Zeit begrüßen. — Ebenfalls eine Stelle als Rechtsanwalt und Notar beim hiesigen Stadt- und Kreisgericht hat der hier aus seiner früheren Stellung bei der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn schon bekannte Assessor Levy zu Frankfurt a. d. O. erhalten.

**Koblenz, 15. Juli.** [Se. Majestät der König] beehrte gestern, von Emß kommend, das zum Besten der durch Hagelschlag beschädigten Grundbesitzer des Siegtreises von dem hiesigen Zweigverein des vaterländischen Frauenvereins veranstaltete große Militärcconcert auf der hiesigen Heilanstalt Laubbach mit seiner Gegenwart. Se. Maj. wurde vom Publikum enthusiastisch empfangen.

**Dresden, 15. Juli.** [Die Kaiserin von Rußland] ist heute Morgen hier durchpassirt. Dieselbe begiebt sich über Riesa und Chemnitz nach Riffingen.

**Mainz, 13. Juli.** [Bei den durch die preussischen und hessischen Pionniere zu Castell ausgeführten Übungen,] welche sich auf alle im Felde vorkommende Dienstbranchen erstrecken, ist vorgestern beim Pallisadenstregen ein Menschenleben zu Grunde gegangen. Der Mann, welcher einen Pulverfaß (mit 15 Pfd. Ladung) an eine Pallisade niedergelegt hatte, glaubte die Lunte nicht in Ordnung, aber in dem Augenblick, als er eine neue Zündung anlegen wollte, erfolgte die Explosion. Verbrannt niedergeworfen, lebte er nur noch kurze Zeit. (Fr. Z.)

**Stuttgart, 14. Juli.** [Die Ministerconferenz.] Der bereits signalisirte Artikel des „Staatsanzeigers für Württemberg“ lautet ausführlich: Heute verweilte hier auf der Durchreise nach Karlsruhe der königl. bairische Ministerpräsident Fürst Hohenlohe; er hatte, wie wir vernehmen, eine mehrstündige Conferenz mit unserem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Frhrn. v. Barmbüler, deren Ergebnis der Austausch der Ratificationsurkunde war bezüglich der zwischen den Kronen Württemberg und Baiern vorbehaltlich ständischer Zustimmung über die Verhältnisse der Festung Ulm geschlossenen Convention. Als weiterer Gegenstand der Verhandlungen zwischen beiden Ministern wird uns die Bildung und der in Aussicht genommene Zusammenritt einer Commission genannt, welche, aus Bevollmächtigten von Württemberg, Bayern und Baden zusammengesetzt, die Beaufsichtigung der süddeutschen Festungen im gemeinsamen Interesse zur Aufgabe erhalten soll.

**Karlsruhe, 15. Juli.** [Der amerikanische Gesandte] beim norddeutschen Bunde, Dr. Bancroft, wird heute Nachmittag dem Großherzog sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter der Union am großherzoglichen Hofe überreichen. — Der bairische Ministerpräsident, Fürst Hohenlohe, weilt gegenwärtig in Baden-Baden.

## Oesterreich.

**Wien, 15. Juli.** [Ministerrath.] — Advocatur. — Serbisches.] Heute findet unter dem Vorhitz des von Hsch zurückgekehrten Kaisers ein Ministerrath statt. Verhandlungsgegenstände sind die von der Wehrcommission des ungarischen Reichstages gewünschten Änderungen des Wehrgesetzes, sowie die definitive Feststellung des von dem Kaiser fortan zu führenden Titels. — Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht im amtlichen Theile das sanctionirte Gesetz, betreffend die neue Advocatur-Ordnung. — Zwischen der österreichischen und der serbischen Regierung finden gegenwärtig Verhandlungen statt behufs Abschlusses eines Vertrages, durch welchen administrative Angelegenheiten, besonders die der Consulargerichte, geregelt werden sollen.

## Schweiz.

**Bern, 12. Juli.** [Im Nationalrath] begründete am 7. Joos folgenden Antrag: „Der Bundesrath ist eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob für die in Fabriken beschäftigten Kinder gleichmäßige Bestimmungen von Bundeswegen zu treffen seien, namentlich in Bezug auf das Eintrittsalter und das Maximum der Arbeitszeit.“ Das Beispiel anderer Staaten müsse auch von der Schweiz befolgt werden. Von einem Concordat sei nichts zu erwarten. Der Bund sei berechtigt, den Gegenstand zu ordnen, da die Verfassung ihm den Schutz der Freireiben und Rechte der Eidgenossen und die Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt ausdrücklich in die Hand lege und der Artikel über die Wehrpflicht ihn berechtige, die Erziehung und körperliche Ausbildung des Nachwuchses zu überwachen. Nebener bringt statistische Belege über die größere Sterblichkeit der Fabrikinder bei und beantragt Verbot der Kinderarbeit vor 14 Jahren und vor Vollendung der Alltagschulen, Beschränkung der Arbeit auf 10 Stun-

den (mit 1 1/2 Stunden Pausen) und Verbot der Nacharbeit für Kinder unter 16 Jahren. Bundesrath Schenk und Frey-Berolice sind der Ansicht, daß die Angelegenheit nicht in die Competenz des Bundes falle, und machen darauf aufmerksam, daß in der hiesigen Fabrikation weit höhere Anforderungen an die Kinder gestellt werden und daß das Glend der Arbeitslosigkeit in nichtindustriellen Cantonen weit schlimmer sei als die Fabrikarbeit. Conzenbach erblickt die Berechtigung des Bundes im Grundfah der Humanität und in der Bundesverfassung selbst. So gut wie andere besondere Rechte, dürfe er auch das Arbeiterrecht regeln. Bisheriger eben so: der Bund strafe die Selbstverfümmelung, dürfe daher auch die Verkümmelung des Nachwuchses verhindern. Nach mehreren Für und Gegen wird der Antrag in der Fassung Friedrichs: „Der Bundesrath ist eingeladen, in den Cantonen über die Arbeit der Fabrikinder eine allgemeine Untersuchung zu veranstalten“, erhebllich erklärt. — Am 9. wird nach Abweisung mehrerer Petitionen und Recurse der Gesetzborschlag des Bundesraths über die facultative Einführung des metrischen Maß- und Gewichtsystems ohne Debatte angenommen.

## Frankreich.

\* **Paris, 13. Juli.** [Die spanischen Zustände] erscheinen der „Patrie“ in rosigem Lichte. Man möchte glauben, es handle sich um eine ganz unbedeutende Bewegung, und begreift nicht, „wozu denn all' die raschen und harten Maßregeln, welchen die „Patrie“ selber ihre Bewunderung nicht versagen kann. Briefe aus Madrid urtheilen anders. Die Regierung hat sich genöthigt gesehen, die Marine-Infanterie aufzulösen, und nach der allerdings selten zuverlässigen „Epoque“ wäre Catalonien in Belagerungszustand versetzt und die Gar-nison von Saragossa nach Alt-Castilien geschickt worden. Wie man aus gut unterrichteten Kreisen erfährt, ist die Königin in solcher Angst, daß sie zu jeder Gewaltmaßregel ihre Zustimmung ertheilt. Die Verbannung des Herzogs und der Herzogin von Montpensier mußte ihr aber so zu sagen entrisen werden. Der Herzog lebte bekanntlich mit seiner Frau in Sevilla und er war seit 1864 gar nicht in Madrid gewesen, bis zum verflorenen Mai, wo die Herzogin auf dringende Bitte der Königin nebst ihrem Manne nach der Hauptstadt gekommen war. Die Beiden blieben acht Tage im Schlosse und lebten ganz ausschließlich ihren Familien-Beziehungen. Im Jahre 1866 war die Herzogin, obgleich hoch schwanger, nach Madrid gegangen, um die Königin zu beschwören, sich durch die gefährlichen Rathschläge der Reaction nicht zu weit fortziehen zu lassen. Sonst hat sie sowohl als ihr Mann sich jeder politischen Kundgebung enthalten. Man ist in Madrid, wie es scheint, überrascht von der Ausweisungs-Maßregel, um so mehr, als die Regierung Still-schweigen über die Ursachen dieser ihrer Verordnung beobachtet.

## Großbritannien.

**A. A. C. London, 13. Juli.** [Ueber die Verhaftung des Herzogs von Montpensier] bringt der „Standard“ aus einer „verläßlichen Quelle“ die folgende Mittheilung. Der Prinz habe sich zu San Lucar in Andalusien zum Gebrauch der Seebäder aufgehalten, als er plötzlich den Besuch des General-Capitans der Provinz erhalten, welcher ihm angekünigt, er sei ein Gefangener und müsse ihn (den Capitän) sofort an Bord einer spanischen Fregatte begleiten. „Um wozu gebracht zu werden?“ fragte der Herzog. „Ich weiß es nicht“, lautete die Antwort des Capitans, „man wird Sie auf der hohen See von Ihrem Bestimmungsorte in Kenntniß setzen.“ Der Herzog, durch ein solches Verfahren ganz bestürzt gemacht, ersuchte um eine ein- bis zweitägige Frist, um Vorbereitungen für die Reise treffen zu können. Der General-Capitän gewährte ihm weniger als vierundzwanzig Stunden und der Herzog wurde an Bord der „Stadt Madrid“ gebracht, ohne von seinen 5 Kindern Abschied nehmen zu können, welche sich in der Residenz des Herzogs zu Sevilla, eine kurze Entfernung von San Lucar befanden. Nach Reuters Telegramm solle der Herzog in eine weiterzweigete Verschwörung zum Sturze der Königin von Spanien verwickelt sein, und wie es heiße, habe die Königin selbst den Prinzen vorher davon benachrichtigt, daß ihre Regierung sich im Besitze von implicirenden Nachrichten einer Verschwörung gegen den Thron besinde. Allgemein aber glaube man, daß der Herzog von Montpensier sich sorgfältig von allen öffentlichen Angelegenheiten Spaniens ferngehalten habe und daß die Anklage gegen ihn eine Chimäre sei. Der Herzog von Montpensier wird in Twickenham bei Richmond, etwa 16 Meilen von London, erwartet, wo er der Gast seines Schwieger-sohnes, des Grafen von Paris, sein wird, d. h. wenn man ihm gestattet, sich selbst sein Asyl zu wählen.

**Breslau, 16. Juli.** Angelommen: Excellenz v. Lützow, General-Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, auf Schloß Wandow. Ihre Durchlaucht Prinzess Carolath, Ritterguts-, nebst Familie und Gefolge, aus Amstis. Se. Excellenz Graf zu Stollberg-Wernigerode, General-Lieutenant und Divisions-Commandeur, aus Meisse. Baron v. Budden-brod, Oberst und Regiments-Commandeur, aus Ohlau. (Znt.-Bl.)

**Breslau, 13. Juli.** [Schwurgericht.] Die Staatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalts-Substitut Kaiser. In der ersten Verhandlung wurde der Oblehrer Carl Theodor Conrad Winkler aus Breslau wegen verführer Urkundenfälschung unter Annahme milderer Umstände zu drei Monaten Gefängniß und 5 Thlr. Geldbuße verurtheilt.

Derselben jedoch vollendeten Verbrechen und mit einem ungleich höheren Objecte erschienen der frühere Landbriestträger Otto Julius Oscar Stephan und dessen Ehefrau Pauline Emma Auguste, geb. Ahmann, angeklagt. — Stephan fand unter dem am 29. Februar c. ihm zur Beförderung übergebenen Sachen einen Ablieferungsschein über einen Geldbrief von 503 Thlr. 26 Sgr. an die Zuckerrabrik in Janisch. Die Verführung trat an ihm mit der Anforderung heran, sich dieses Geldes zu bemächtigen und dadurch seine dürftige Lage zu verbessern. Er konnte nicht widerstehen und war auch über die Mittel alsbald entschlossen. Er schrieb auf die Vorderseite des Ablieferungsscheines: „Janisch den 29. Februar 1868, W. Struß“, auf die Rückseite als Ablieferungsbemerkung: „Den Bevollmächtigten Director Struß, Janisch“, und drückte hierauf den ihm amtlich anvertrauten Landbriestträgerstempel Nr. 86 darunter ab. Demnach beauftragte er seine Ehefrau, welche er in seinen Plan einweilte, ein Päckchen mit den Anfangsbuchstaben W. St. zu kaufen, den Ablieferungsschein zu unterzeichnen und das Geld auf dem Postamt zu erheben. Inzwischen bestellte er einige Briefe, lehrte dann nach Hause zurück und nahm den von seiner Frau dem Auftrage gemäß erhobenen Geldbrief in Empfang. In demselben fand er 503 Thlr. 26 Sgr. in verschiedenen Werthpapieren und einen Wechsel über 833 Thlr. Den Wechsel verbrannte, das Geld versteckte er und den Stempel warf er fort. Außerdem jerrich er seine Uniform und beschmutzte sie. Hiermit wollte er eine Unterlage für seine bei dem Postamt gemachte Meldung gewinnen, daß er in der Strachate von 4 Personen überfallen, trotz aller Gegenwehr zu Boden geworfen und seiner Posttasche beraubt worden sei, wobei er später nur die Tasche und den Brief, aber ohne den Geldschein und den Stempel Nr. 86 wiedergefunden haben wollte. Die Bemerkung des Verbrechen war in dessen zu ungeschickt, als daß nicht die Entdeckung auf dem Fuße hätte folgen müssen. Stephan und seine Ehefrau waren geständig: Ersterer der Fälschung einer Urkunde, Letztere der falschen Angaben über die gestohlenen Urkunde schuldig gemacht zu haben. Es wurde ihnen von den Geschworenen mildernde Umstände bewilligt und demnach von dem Gerichtshofe auf 1 Jahr

